№ 25. **Provinzial-Correspondenz.** 22. Juni 1881.

Neunzehnter Jahrgang.

Wirkliche Sorge für das Wohl der Arbeiter.

Mit dem am 15. erfolgten Schluß der diesjährigen Session des Reichstags hat die Thätigkeit der vor drei Jahren gewählten Volksvertretung voraussichtlich ihr Ende erreicht.

Unter dem Eindruck der schrecklichen Mordanschläge auf unseres Kaisers Majestät gewählt, stand der Reichstag vor Allem vor der Aufgabe, die durch gewissenlose Agitatoren systematisch gewordenen Ausschreitungen und die damit verbundenen Gefahren für das öffentliche Leben durch Maßregeln polizeilicher Natur einzuschränken und einzudämmen, nachdem sein Vorgänger leichten Herzens sich über die Nothwendigkeit solchen Vorgehens hinweggesetzt und alles Heil von dem Glauben an den guten Geist des Volkes wie an die Macht freiheitlicher Grundsätze erwartet hatte. Der neugewählte Reichstag erfüllte seinerseits die Erwartungen, welche Regierung und Volk an ihn in jener Beziehung gestellt hatten.

Aber in allen Stadien der Berathung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ist von allen Seiten, von dem Reichskanzler und den verbündeten Regierungen wie von den Parteien, die sich auf den Boden der Vorlage stellten, anerkannt worden, daß allein durch Maßregeln staatlicher Einschränkungen die sozialistischen Verirrungen nicht durchgreifend geheilt und überwunden werden könnten. Die Regierungen erblickten in denselben vielmehr nur »eine der Bedingungen für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens« und betrachteten es schon damals als eine ihrer höchsten Aufgaben, »die positiv heilende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kreise auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rath und That zu fördern«. Insonderheit bemerkte Fürst Bismarck bei der Berathung jenes Gesetzes, daß er »eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet sei« und daß er, »wenn nur ein erster Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet sei, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstags empfehlen werde«.

Aber auch im Reichstage selbst glaubte die Majorität, wie aus dem Berichte über die bezüglichen Kommissionsverhandlungen ersichtlich, daß mit dem sofortigen energischen Einschreiten gegen die vorhandene Agitation gleichsam der Boden, auf welchem sodann die eigentliche Heilung zu beginnen habe, vorbereitet und geebnet und die Hindernisse beseitigt werden müssen, welche einer Umkehr der sozialistischen Bewegung in die ruhige Bahn verständiger und sachgemäßer Reform entgegentreten.

Den vor drei Jahren allgemein ausgesprochenen und gehegten Erwartungen gemäß hat der Kanzler, da ihm von keiner Seite irgend welche positiven Anträge zugingen, selbst die Bahn der Reform betreten und die Initiative zu einem ersten Schritt der Heilung ergriffen. Nachdem er das wirthschaftliche Leben wieder auf wahrhaft nationale Grundlagen zu stellen gesucht und durch Aenderung der Zoll- und Steuerpolitik Handel, Verkehr und Industrie neu belebt, unternahm er den Versuch, die Bedingungen für das Wohl der arbeitenden Klassen zu bessern und denselben zum Zweck der eigentlichen Heilung der sozialen Schäden die staatliche Fürsorge zuzuwenden.

Aber der erste Schritt auf diesem Gebiet, so allgemein er gewünscht zu werden schien, als nur noch unbestimmte Ideen vorhanden waren, hat doch in seiner praktischen Gestalt die größten Schwierigkeiten hervorgerufen und so recht deutlich gezeigt, daß die Volksvertretung, wenngleich zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze und weitgehender Forderungen stets bereit, doch im Einzelnen sich schwer zu einer auch wirklich praktischen Verwirklichung derselben einigen kann. Die Mannigfaltigkeit der Parteien, die persönlichen Interessen derselben und die früheren Ueberlieferungen, an denen sie auf sozialpolitischem Gebiet festhalten zu müssen glauben, haben der Vorlage des Reichskanzlers eine Gestalt gegeben, welche die Verwirklichung der ursprünglich damit verbundenen Absichten in Frage stellt.

So ist denn die Wirksamkeit des bisherigen Reichstags auf sozialpolitischem Gebiet lediglich eine einschränkende, und nur in beschränktem Sinne eine anregende und aufbauende gewesen. Durch das Sieb parlamentarischer Abstimmungen hindurch ist der erste Versuch positiv heilender Wirksamkeit verdünnt und abgeschwächt worden.

Aber diese Erfahrungen werden den Kanzler und die verbündeten Regierungen keineswegs hindern, auf dem einmal betretenen Wege fortzufahren, da sie hoffen müssen, daß wie der bisherige Reichstag anscheinend eine positiv heilende Wirksamkeit gewünscht und angestrebt hat, so die zukünftige Volksvertretung auch von der Nothwendigkeit der Verwirklichung der Absichten und Wünsche, soweit sie überhaupt im Interesse des Staates realisirbar sind, durchdrungen sein und so die Hoffnungen und Erwartungen erfüllen werde, welche der bisherige Reichstag selbst in den Arbeitern noch mehr erregt hat. Die Schwierigkeiten, welche sich bei dem ersten Versuch herausgestellt haben, können weder der Reform einen Damm entgegensetzen, welcher den Strom derselben irgendwie in andere Bahnen oder gar rückwärts zu leiten vermöchte, noch haben sie die Ueberzeugung erschüttern können, daß der richtige Weg zur rechten Zeit eingeschlagen war und daß auf dieser Bahn weitere Versuche gemacht werden müssen.

Wenn der Reichstag auf sozialpolitischem Gebiete etwas geleistet, so ist es die Thatsache, daß er durch seine Verhandlungen Allen zum Bewußtsein gebracht hat, daß für die Zukunft in erster Linie als hervorragendste Aufgabe bestehen bleibt die positiv heilende Wirksamkeit, um die Lage der arbeitenden Klassen in wirksamer Weise zu verbessern und so auch das Wohl des Staats in nachdrücklichster Weise zu fördern.

Das böse Steuerzahlen.

Es giebt gewiß keinen Menschen, der gern Steuern zahlt: man findet Leute, die, wie man sagt, gern geben, d. h. die ihren Freunden oder den Nothleidenden von ihrem Ueberfluß (oder selbst von dem Nothwendigen) gern mittheilen, die gern Andere glücklich machen; aber da wissen sie eben, wem oder für was sie es geben. Dagegen die Steuern zahlt man an den Staat oder die Kommune u. s. w., ein unpersönliches, lebloses Wesen, und es gehört schon einiges Nachdenken dazu, um sich zu überzeugen, daß sie doch zum allgemeinen Besten, also auch zum Wohl des Einzelnen nothwendig sind. Wie gesagt: das Steuerzahlen ist recht unbeliebt, und so gern man den Briefträger über den Hof kommen sieht, weil er etwas Neues, vielleicht etwas Angenehmes von Verwandten oder Bekannten bringen kann, so unwillkommen ist überall der Steuerempfänger oder gar der Mann, der manchmal in seinem Gefolge ist, der Steuerexekutor, der die Forderungen des Staats, der Gemeinde, des Kreises unbarmherzig einkassirt oder mit dem Schlimmsten droht.

Es ist daher sehr natürlich, daß dem Bürger und Bauer Jeder willkommen ist, der ihm sagt, das viele Steuerzahlen müsse aufhören, der wohl gar durchblicken läßt: er und seine Freunde (seine politische Partei) wären wohl die Männer, das Volk von den leidigen Steuern zu befreien oder vor neuen Abgaben zu behüten. Wer sich von den Steuern bedrückt fühlt, ist dann nur zu geneigt, der Versicherung Glauben zu schenken und nicht viel zu fragen, ob der Mann wohl im Stande sein wird, sein Versprechen zu halten. So ist es denn auch ein Lieblingsgegenstand aller Feinde der Regierung, aller Wühler, aller fortschrittlichen Flugblätter, gegen den Steuerdruck überhaupt und besonders gegen alle neuen Steuern zu Felde zu ziehen; sie sind sicher, so die schwache Seite der Leute